



öffentlich

**Betreff:**

Drogenhandel an Potsdamer Schulen

Erstellungsdatum 17.06.2003

Eingang 902:

**Einreicher:** CDU-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.07.2003	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im September 2003 einen Bericht vorzulegen, in dem die Stadtverwaltung ihre Einschätzung über Art und Umfang des Drogenhandels an Potsdamer Schulen darlegt. Darüber hinaus ist der sich ableitende Handlungsbedarf aus Sicht der Potsdamer Stadtverwaltung darzustellen. Dabei soll zudem aufgezeigt werden, in wieweit sich die zwischen dem Bildungs- und Innenministerium des Landes Brandenburg vereinbarten Präventionspartnerschaften an Potsdamer Schulen bewährt haben.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die durch die Polizei vorgelegten Zahlen zur Rauschgiftkriminalität sind besorgniserregend. Der Innenminister Jörg Schönbohm sprach selbst von einer sehr ernsten und alarmierenden Entwicklung. Vor allem der nach wie vor hohe und wachsende Anteil an Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden bezogen auf den Anteil der Tatverdächtigen ist mit fast 70 Prozent erschreckend.